

# Politische Geschichte(n) des Salzkammergutes

Von der Entstehung politischer Parteien bis zur Nachkriegszeit

Albrecht Bauer

## Einleitung

Erzählungen prägen unser Bild von Geschichte. In diesen Erzählungen glauben wir schließlich Erklärungen für unsere Zeit zu finden.

Blicken wir auf die Geschichte des Salzkammergutes, so fällt auf, dass hier unterschiedliche Erzählungen einander überschneiden, die oft widersprüchliche Entwicklungen aufzeigen. Das ist aber insofern kein Widerspruch, da eine jede Erzählung gleichsam Konstruktion unserer Gegenwart und ihrer Fragen sowie Probleme ist (White, 2008).

Für das Salzkammergut gibt es einmal die Erzählung von der Geschichte des Hauses Habsburg. Denken wir nur an Erzherzogin Sophie, die von drei ihrer Kuraufenthalte in Bad Ischl schwanger nach Wien zurückkehrt war und jene Salzprinzen zur Welt brachte, zu denen der spätere Kaiser Franz Joseph gehören sollte. Nicht zuletzt ist dessen seinerzeitige Kaiservilla und Sommerresidenz, hier unterschrieb Kaiser Franz Joseph 1914 die Kriegserklärung an Serbien, ein Knotenpunkt österreichischer Geschichte, der heute noch zahlreiche Touristen anzieht. Verknüpft mit der habsburgischen Erzählung ist auch die der Sommerfrischler. Die Erschließung des Salzkammergutes durch die Eisenbahn und Kaiser Franz Josephs alljährliche Aufenthalte in Bad Ischl lockten Urlaubende zur Sommerfrische, wodurch eine ursprünglich eher industrielle, isolierte Region zu einer Destination des Tourismus aufstieg (Unterreiner, 2006). Bedenkt man, dass Hallstatt inzwischen in China nachgebaut worden ist, so lässt sich die heutige Popularität des

Salzkammergutes als Tourismusort leicht erfassen.

Das Salzkammergut kennt aber auch die Erzählung von Verfolgung und Ermordung durch die NS-Herrschaft. Sinnbildlich steht hierfür das Mauthausen-Außenlager Ebensee. Daran schließt wiederum die Erzählung vom Widerstand gegen ebendiese NS-Herrschaft an, der mit einem angeblich traditionellen Widerstandsgeist des Salzkammergutes gerne in Verbindung gebracht wird.

Gemeinsam haben diese Erzählungen, dass sie Linien der politischen Geschichte einer Region nachzeichnen, die einander durchaus ergänzen, aber auch Brüche und Widersprüche aufweisen. Auf der einen Seite ergibt sich hier eine konservativ-traditionelle Erzähllinie, nämlich vom Salzkammergut als ein Mittelpunkt des aristokratischen Habsburgerreiches, das Sommergäste der Oberschicht anzieht, darunter Angehörige der jüdischen Bourgeoisie. Andererseits begegnen wir dem Salzkammergut als einer industriell geprägten Region mit einer Arbeiterschaft, deren Selbstbewusstsein und Widerstandsgeist gegenüber der Obrigkeit aus einer langen und wechselvollen Geschichte herrührt. Die Erzählung von diesem landesspezifischen Widerstand, der schließlich gegen die NS-Herrschaft aufbegehrte, steht im Kontrast zu einer Bevölkerung, in welcher der Antisemitismus auf breite Zustimmung getroffen war und zu der zahlreiche Wegbereiter der NS-Herrschaft gehört hatten.

Gerade aber dort, wo (scheinbare) Widersprüche aufkommen und wo die Erzählung

### Albrecht Bauer

Institut für Geschichte,  
Universität Wien  
Universitätsring 1, 1010 Wien  
albrecht.bauer@univie.ac.at

### Höh(l)enluft und Wissensraum

Die Gassel-Tropfsteinhöhle  
im Salzkammergut zwischen  
Alltagskultur, Naturkunde und  
wissenschaftlicher Forschung  
(hrsg. v. J. Mattes & D. Kuffner),  
Denisia 40, 2018: 033-050

kaum noch von einer Legende oder einem Mythos zu unterscheiden ist, ergibt sich die spannende Notwendigkeit, einen geschärf-

ten Blick auf die Geschichte zu werfen. Im Falle des Salzkammergutes ein besonders lohnender Blick.

## Das Salzkammergut – eine besondere Region(?)

Die politische Geschichte des Salzkammergutes muss immer mit der politischen Geschichte Österreichs bzw. globalen Entwicklungen in Verbindung gebracht werden. Wer die Geschichte des Salzkammergutes verstehen will, muss also die parallelen Entwicklungen außerhalb dieser Region mitdenken, allerdings auch die Besonderheiten derselben berücksichtigen.

Besonders am Salzkammergut sind seine wirtschaftliche Bedeutung und die relativ isolierte Lage. Die wirtschaftliche Sonderstellung ist eng mit der Salzgewinnung und dem Bergbau sowie damit zusammenhängender Forstwirtschaft verbunden – nachweisbar sind diese Wirtschaftszweige bis in die Ältere Eisenzeit (Hallstattzeit). Ab dem Mittelalter gilt das Salzkammergut als wirtschaftlich-politische Sonderregion. Aufgrund seiner kargen Böden und gebirgigen Beschaffenheit eignete sich das Salzkammergut nur sehr eingeschränkt für die Landwirtschaft. Hierdurch fanden die üblichen grundherrschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse des Mittelalters kaum Entwicklungsmöglichkeiten, viel eher geriet das Gebiet, nicht zuletzt wegen der bedeutenden Salzgewinnung, unter nahezu direkte Kontrolle des jeweiligen Landesherrn. Dieser war auf die Arbeitskräfte der Salzgewinnung, den Bergbau und die Forstwirtschaft (als Rohstofflieferanten) angewiesen und musste daher die Versorgung derselben garantieren. Daraus entwickelte sich eine privilegierte Stellung der ländlichen Lohnarbeiter und auch für die Bevölkerung der Region (Befreiung vom Militärdienst, diverse Steuerfreiheiten, geregelte Nahversorgung). Aus dieser Sonderstellung mag ein traditionelles Selbstbewusstsein der Lohnarbeiter und der Region hervorgegangen sein, wovon sich die Erzählung vom Widerstandsgeist des Salzkammergutes ableiten lässt. Oftmals werden auch die protestantischen Gemeinden des Salzkammergutes im Geiste dieses Widerstandes und Selbstbewusstseins gegenüber der Obrigkeit gesehen. Trotz katholischer Gegenreformation und Verfolgung blieb der Protestantismus in den Gemeinden des Salzkammergutes bis in die Gegenwart erhalten. Die isolierte Lage des Salzkammergutes und seine wirtschaftliche Sonderstellung haben hierbei eine wichtige Rolle eingenommen. Gerade die Faktoren seiner räumlichen

Abb. 1: Fremdenverkehrs-Werbung der k.k. Österr. Staatsbahnen für das Steirische Salzkammergut, um 1910.  
Plakat: Otto Barth





Abgeschiedenheit fungieren heute als Tourismusmagnete: die Seen und Berge (Abb. 1). Bis in die Mitte des 19. Jhdts. konnte das Salzkammergut nur von Gmunden aus über den Seeweg erreicht werden; der Anschluss an die Eisenbahn erfolgte erst 1859 bzw. 1877 (Abb. 2). Daraus resultiert die Schwierigkeit, das Salzkammergut räumlich klar abzugrenzen bzw. zu definieren. Administrativ ist es heute über drei Bundesländer verteilt, wobei der größte Teil in Oberösterreich liegt (Gemeinde Strobl in Salzburg, Bad Aussee, u.a. Gemeinden in der Steiermark). Gemeinhin wird das Salzkammergut auch mit dem sogenannten Inneren Salzkammergut gleichgesetzt, das aus dem heutigen Gerichtsbezirk Bad Ischl (ohne St. Wolfgang) und dem steirischen Salzkammergut besteht. Auf diese trifft einerseits die oben genannte isolierte Lage zu, andererseits waren diese Gemeinden an der Salzproduktion und damit zusammenhängender Forstwirtschaft beteiligt. In weiterer Folge soll bei einer Betrachtung der politi-



schen Geschichte des Salzkammergutes auf diese innere Region der Fokus gelegt werden (Felber et al., 2000).

Abb. 2: Bauarbeiten am Nordportal des Sonnstuntunnels zwischen Ebensee und Traunkirchen, 1877.

Foto: Bildarchiv ÖNB

## Die Anfänge der politischen Geschichte des Salzkammergutes

Die administrative Sonderstellung des Salzkammergutes als eigenständige, direkt dem Landesherrn unterstellte Sonderregion begann sich unter der Zentralisierungspolitik von Kaiser Joseph II. aufzulösen und fand unter Kaiser Franz Joseph I. ihr Ende. Administrativ wurden fortan das Salzkammergut und seine Wirtschaftsbehörden entweder direkt der Landesbehörde oder den Wiener Ministerien unterstellt. Neben der administrativen Eingliederung erfolgte der verkehrstechnische Anschluss. Die Kaiserin-Elisabeth-Bahn, die Kronprinz-Rudolf-Bahn und die spätere Salzkammergut-Lokalbahn führten die Region an das Eisenbahnnetz der Monarchie heran, wodurch auch die traditionell wirtschaftliche Sonderrolle erodierte (Abb. 3). Nun konnte Kohle ins Salzkammergut transportiert werden, die als Rohstoffersatz für Holz diente. Arbeitsplätze der Forstwirtschaft gerieten infolgedessen zunehmend unter Druck. Parallel zum Eisenbahnbau wurde auch der Straßenbau ausgeweitet, um die Orte des Salzkammergutes unter-

einander stärker anzubinden. Zwar erfuhr nun das Salzkammergut eine Öffnung nach außen und wurde im Inneren besser vernetzt, traditionelle Waren- und Personenverkehrswege, durch den Salzhandel geprägt, verloren allerdings an Bedeutung und Funktion. Der Schwerpunkt des Salzhandels verlagerte sich etwa von Gmunden nach Ebensee (Abb. 4). Die abnehmende Bedeutung des Salzes und des Salzhandels führte auch zu einer Verschiebung der wirtschaftlichen Identität des Salzkammergutes. Das Innere Salzkammergut transformierte zu einer Krisenregion, in der Arbeitsplätze in der Salzgewinnung und im Salzhandel abnahmen, was unter anderem zu Abwanderung (teilweise nach Nordamerika oder innerhalb der Monarchie) führte. Andererseits bedingte der Anschluss an die Eisenbahn eine verstärkte Industrialisierung der Region. Neue Industriebetriebe und -zweige entstanden vor allem in Ebensee und Gmunden. Die Identität des Salzkammergutes als Ort der Industrialisierung mit einer starken Arbeiterschaft

Abb. 3: Die Salzkammergut-Lokalbahn (auch „Ischlerbahn“ genannt) verkehrte von 1891 bis 1957 zwischen der Stadt Salzburg und Bad Ischl. Foto: Bildarchiv ÖNB



wurde folglich insgesamt gefördert. Dies zeigt sich auch anhand der Herausbildung eines Klassenbewusstseins der Arbeiterschaft im 19. Jhdt., etwa durch die Gründung des Arbeiterbildungsvereins (1867) oder Konsumvereins (1868) (Abb. 6). Letzterer war ein genossenschaftlich organisierter Verein und Vorläufer der Krankenkasse. Parallel zu diesen Entwicklungen rückte das Salzkammergut als Tourismusort von der Peripherie in Richtung Zentrum. Das Kaiserhaus verbrachte hier seine Sommerfrische, Bäder- und Kurorte sowie Berge und Seen lockten Sommergäste in die Region. Viele dieser Gäste gehörten zur Oberschicht des Reiches, repräsentierten urbane Eliten, nicht wenige davon waren jüdischer Abstammung. Villen sowie Repräsentationsbauten, darunter Theater, Ball- und Kurhäuser sowie Hotels, welche die Bedürfnisse der Eliten befriedigen sollten, prägten fortan die Städte des Salzkammergutes und veränderten ihr Aussehen. Während der Fremdenverkehr unter anderem die soziale Oberschicht der Monarchie in das Salzkammergut zog und somit die Region zu einem kulturellen und teilweise auch politischen Zentrum des Habsburger-

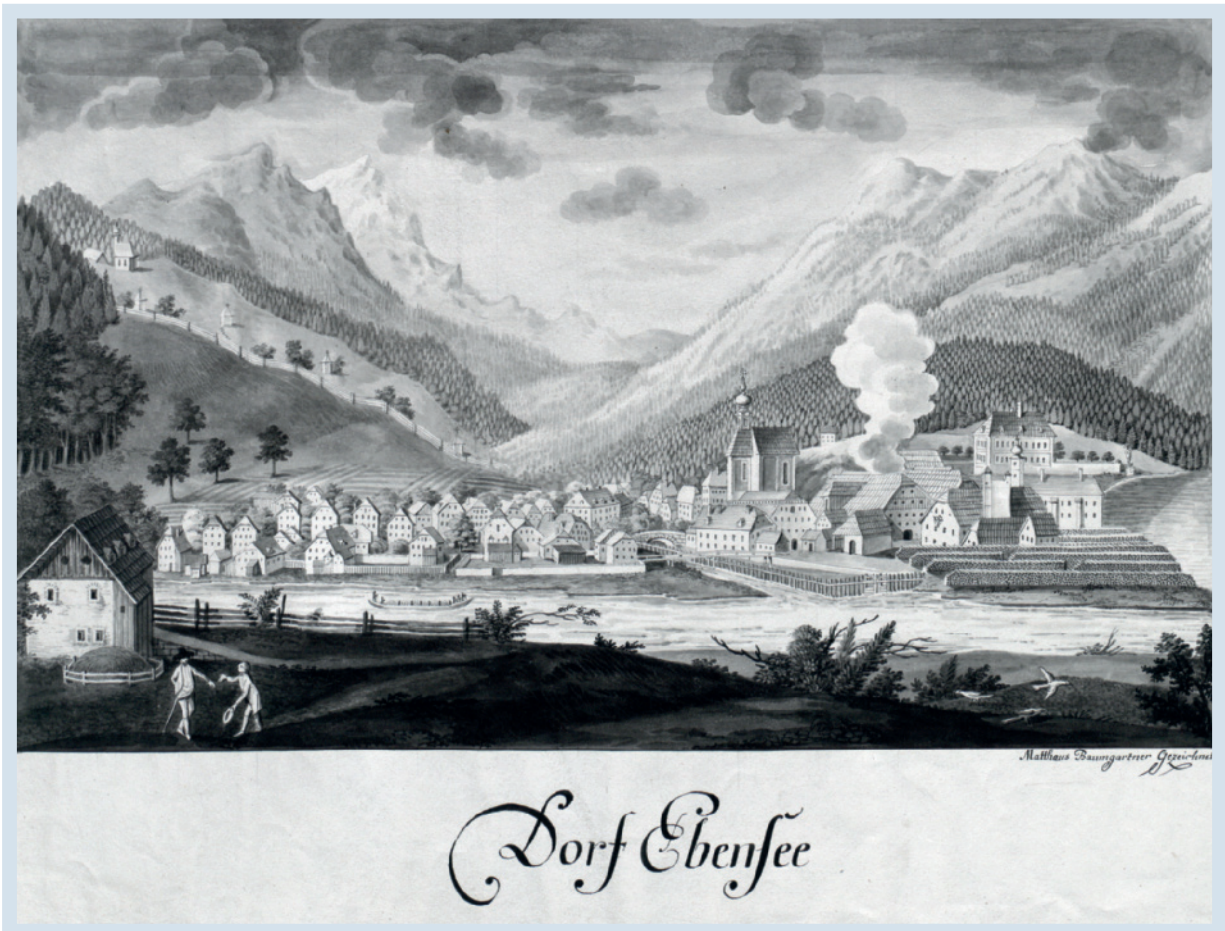
reichs aufwertete, blieb die Gegenwart einer selbstbewussten und wirtschaftlich bedeutsamen Arbeiterschaft erhalten.

Diese Gruppe fiel auch immer wieder durch Unruhen auf. So konfrontierten etwa 1871 Salzarbeiter Kaiser Franz Joseph persönlich mit einer Lohnpetition, die nach längeren Umwegen sogar erhört wurde. Während das Verhältnis zur dynastischen Obrigkeit trotz Reibereien durchaus funktionierte, geriet die Arbeiterschaft zunehmend in Konflikt zu kirchlichen Vereinen, die in Reaktion auf die Arbeitervereine etabliert wurden (z.B.: „Konsumtübilienverein“ als Konkurrenz zum Konsumverein der Arbeiterschaft). Der Verein „Freie Schule“ wurde wiederum von der Arbeiterschaft eingerichtet, um Einflüsse der katholischen Kirche auf das Schulwesen zurückzudrängen (Dirninger et al., 2015; Jordan, 2016). Zu diesem Gegensatz der Klassen kam noch der Konflikt zwischen Modernität und Urbanität sowie Konservatismus und Nationalismus hinzu.

Gerade die Gäste der Sommerfrische suchten im Salzkammergut neben der Erholung auch das Ursprüngliche bzw. Natürliche, welches durch Entwicklungen der Mo-







derne vermeintlich verloren gegangen war. Die Erfindung der Tracht erwies sich hierbei als willkommene Möglichkeit, das Kleid der Moderne durch das der urtümlichen Bekleidung „wilder“, „ursprünglicher“ Menschen zu vertauschen. In den Bewohnern des Salzkammergutes glaubte man, nicht zuletzt wegen ihrer isolierten Lebenslage, „edle Wilde“ zu entdecken. – Eine Idee, die dem 19. Jhd. nicht fremd war und an kolonialistische Denkmuster erinnert. Die Menschen des Salzkammergutes wären jedenfalls körperlich und geistig durch die schroffe Natur, ihre Berge und Seen abgehärtet worden. Das Bild des „Naturburschen“ wurde stilisiert, ein Gegenmodell zu dem durch die Moderne „degenerierten“ Großstädter. Die Städter, die in der Sommerfrische ihre natürliche Kraft wiederzufinden hofften, flohen nicht nur in die Berge, sondern auch in die Tracht. Schon Erzherzog Johann griff diese Idee auf und kleidete sich gerne wie die Ausseer. Bald schon wurden lokale Kleidungs tradi-

tionen von Großstädtern aufgenommen, um daraus Trachten nach bürgerlichen Vorstellungen zu konstruieren. Die Tracht wurde also zu einer bürgerlichen und in der Zwischenkriegszeit zu einer österreichischen Identität der Städter, die rückwirkend auf die Bewohner des Salzkammergutes übertragen wurde, welche diese Modeformen nach und nach als die vermeintlich ihren übernahmen. Umgekehrt wurde in diesen urbanen, in Trachten verkleideten Eliten das Fremde und Verstörende gesehen.

Kritik an der Kommerzialisierung des Salzkammergutes und dem damit einhergehenden Identitätsverlust blieb nicht aus. Träger dieser bürgerlichen Tradition der Tracht waren schließlich wohlhabende Gäste aus der Stadt, wodurch (neue) Klassenkonflikte von der Stadt in die Provinz transportiert wurden. Ähnlich verhielt es sich mit dem Antisemitismus – in diesem Fall ein Phänomen der Urbanität. Unter anderem fanden nämlich jüdische Bürger Vergnügen an der

Abb. 4: Dorf Ebensee, Zeichnung Matthäus Baumgartner, um 1800. Foto: Bildarchiv ÖNB

Abb. 5: Geschäft des Arbeiter-Konsumvereins in der Bahnhofstraße, um 1930.

Foto: Sammlung Walter Deixler



Tracht und Sommerfrische, was wiederum zu antisemitischen Gegenreaktionen führte. Zunächst in Wien selbst, wo etwa die Sektion des Wiener Alpenvereins bereits 1905 mit einem Arier-Paragrafen auf die Zunahme jüdischer Vereinsmitglieder reagierte. Der Antisemitismus als Teil einer dritten politischen Strömung überträgt sich also bereits während der Monarchie vom Zentrum ins periphere Salzkammergut und ist spätestens ab den 1920er Jahren eine politische Haltung, die auch in dieser Region in der Mitte der Gesellschaft Verankerung fand (Dirninger et al., 2015).

Schon für das 19. Jhdt. sind folglich jene politischen Strömungen zu skizzieren, welche die Politiklandschaft Österreichs im 20. Jhdt. prägen sollten. Diese gaben zugleich wesentliche Konfliktlinien der politischen Lager vor.

So organisierte sich die Arbeiterschaft, um ihre Interessen gegenüber Eliten und

Obrigkeit durchzusetzen, in Vereinen und Genossenschaften. Konflikte und Brüche ergaben sich hierdurch zur katholischen Kirche und konservativen Gruppierungen, die in Reaktion auf die politisch-kulturelle Selbstbestimmung der Arbeiterschaft ebenso in Vereinen zusammenfanden. Zuletzt etablierte sich eine nationale und konservative Strömung in Abgrenzung zu vermeintlicher Überfremdung, wobei hier gesellschaftspolitische Konflikte der Moderne, speziell aus Wien, ins Salzkammergut projiziert wurden. Gerade die Assimilation jüdischer Bürger, die u.a. als Repräsentanten liberaler Urbanität und Träger gutbürgerlicher Traditionen als Sommerfrischler ins Salzkammergut reisten, wurde zunehmend auch dort als fremd empfunden. Spätestens in der Zwischenkriegszeit gingen aus diesen Strömungen klar abgegrenzte politische Lager hervor, die bis heute in Österreich von Bedeutung sind.

## Die Zwischenkriegszeit – eine Zeit der Polarisierung

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg wirkte als Katalysator für

politische Entwicklungen, die schon zuvor ihren Anfang genommen hatten. Wirtschaftliche Not und Entbehrung führten



innerhalb der Arbeiterschaft zu Protesten und Streikbewegungen.

Unmittelbar nach Kriegsende gab es organisierte oder spontane Beschlagnahmen bzw. Plünderungen durch die Arbeiterschaft, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Vielerorts übernahmen Arbeiterräte de facto die Kontrolle über die Verwaltung der Gemeinden des Salzkammergutes. Streiks und Unruhen bestimmten bis zur wirtschaftlichen Stabilisierung Österreichs den Alltag.

In den Ebenseer Solvay-Werken wurde etwa zuletzt noch 1923 zehn Wochen lang gestreikt, um Lohnforderungen durchzusetzen.

Viele der Arbeiterunruhen wurden von der sozialdemokratischen Partei oder Arbeiterräten unterstützt, teilweise aber auch abgeschwächt. Die Christlichsoziale Partei (CSP), die nach dem Ersten Weltkrieg zu den führenden politischen Kräften der Ersten Republik gehörte, trat wiederum organisiert gegen die Arbeiterschaft auf, um etwaige Unruhen abzuwehren bzw. Vermögenswerte ihrer Klientel zu sichern. Auch eine rassistische und antisemitische Position gegen Urlaubsgäste jüdischer Herkunft wurde innerhalb der CSP vertreten. Der Fremdenverkehr wurde auf einmal als wirtschaftliche Bedrohung empfunden, Urlaubsgäste als Belastung für die angespannte Versorgungslage. Tatsächlich erfolgte bereits 1920 ein generelles (vorübergehendes) Einreiseverbot für Nicht-Ortsansässige, das u.a. durch antisemitische Argumente gestützt wurde. Eine Maßnahme, die allerdings auch innerhalb der CSP aus wirtschaftlichen Gründen umstritten blieb. Offene antisemitische Positionen waren jedoch mittlerweile Teil der politischen Entscheidungsfindung geworden.

Im industriell geprägten Salzkammergut, das von einer starken, selbstbewussten Arbeiterschaft dominiert wurde, nahmen die Sozialdemokraten (SDAP) eine führende Rolle ein. In den ersten Gemeinderatswahlen konnten sie in den meisten der Gemeinden zunächst den Bürgermeister und eine relative Mehrheit im Gemeinderat erringen, dieser Umstand wurde jedoch in darauffolgenden Gemeinderatswahlen mancherorts zugunsten der Christlichsozialen wieder geändert. Diese waren im

Salzkammergut ein Zweckbündnis mit den Deutschnationalen eingegangen, um Mehrheiten für die SDAP zu verhindern. Unterstützung erhielten sie dabei von der christlichsozial dominierten Landesregierung Oberösterreichs.

Während die Gemeinden Gmunden und Traunkirchen kurz von Bürgermeistern der SDAP regiert wurden, setzten sich hier ab 1922 konservative Bürgermeister durch. Gemeinden wie Bad Ischl oder Altmünster hatten von sich aus konservative Mehrheiten. Anders verhielt es sich etwa mit Ebensee, das durch die Salinen-, Bergbau- und Forstbetriebe, aber auch durch die Soda- und Textilindustrie auf eine breite politisch verankerte Arbeiterschaft bauen konnte. Besonders hervorzuheben wären hier die Solvay-Werke in Ebensee, wo die Sodafabrikation bis zur Stilllegung des Werks im Jahr 2005 stattfand. In Ebensee stellten aus diesen Gründen die Sozialdemokraten den Bürgermeister, während sogar christlichsoziale Vorfeldorganisationen oder die mit ihnen verbundenen Heimwehren kaum Fuß fassen konnten. Aber auch in Hallstatt, wo wichtige industrielle Betriebe (Sudhaus, Forstwirtschaft) angesiedelt waren, blieben die Sozialdemokraten politisch dominierend.

Geschwächt wurde allerdings die Position der Arbeiterschaft ab 1922 durch Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung im Rahmen der Genfer Sanierung. Diese finanzpolitische Vereinbarung mit den ausländischen Geldgebern der Ersten Republik, zwecks Sanierung und Stabilisierung der Währung und Finanzen Österreichs, führte zu Stellenabbau und Entlassungen, folglich zu hoher Arbeitslosigkeit, wovon auch die Industrie- und Produktionsbetriebe des Salzkammergutes betroffen waren.

In weiterer Folge wurde der Kulturkampf in der Ersten Republik verschärft. Auf der einen Seite stand eine sozialdemokratische Weltanschauung, auf der anderen eine klerikal-konservative. Deutschnationale Gruppen, die im Salzkammergut unter anderem bei der protestantischen Bevölkerung Zuspruch fanden, erkannten in den Sozialdemokraten ihre größten Gegner und waren daher mit den Christlichsozialen zur Zusammenarbeit bereit. Innerhalb der paramilitärischen Heimwehren gab es,



dank oben erwähnter Gegnerschaft und eines gemeinsam gelebten Antisemitismus, durchaus Berührungspunkte zwischen beiden politischen Gruppen. Die antikatholische Ausrichtung der Deutschnationalen

und ihr Anschlusswunsch ans Deutsche Reich wurden aber von den Christlichsozialen gar nicht oder nur eingeschränkt geteilt (Botz, 1983; Felber et al., 2000; Pelinka, 2017).

## Kulturkampf und politische Lagerbildung in der Ersten Republik

Die Gegensätze der politischen Lager erfassten alle Lebensbereiche der Ersten Republik. Ein ausgeprägtes Vereinsleben organisierte den Alltag der Menschen innerhalb der jeweiligen politischen Lager und führte zur Verschärfung dieser Gegensätze. Vereinfacht könnte gesagt werden, dass es zu jedem sozialdemokratischen Verein einen christlich-konservativen Gegenverein gab. Neben Sport-, Turn-, Gesangs- und Bildungsvereinen betraf dies auch Vereine, die mit der Jugend, den Frauen, Studenten oder der Schule befasst waren.

In diesen Kulturfeldern, besonders zur Schule, Rolle der Frauen und Kirchenfrage, gab es die größten Bruchlinien. Im Sozialismus, der von den Christlichsozialen oftmals mit einer jüdisch dominierten Verschwörung gleichgesetzt wurde, erblickten konservative Kreise eine Gefahr für Religion, Gesellschaft und gutbürgerliche Werte (darunter auch den Wert des Eigentums). Umgekehrt war der Vorbehalt der Sozialdemokraten gegen den Einfluss der Kirche auf Gesellschaft und Politik groß. Tatsächlich unterstützte die katholische Kirche mehr oder weniger offen christlich-soziale Politik, oftmals handelte es sich bei Politikern der CSP sogar um Funktionäre oder Vertreter der Kirche. Gesellschaftliche Fragen wurden folglich von den Christlichsozialen konservativ und in einem traditionell-religiösen Sinne gedeutet, während die Sozialdemokraten hier auf Reformen und das Zurückdrängen des katholischen Einflusses drängten.

Diese ideologischen Bruchlinien führten schließlich zur Gründung politischer Wehrverbände. Aufgrund der unmittelbaren Erfahrungen der ersten Jahre der Nachkriegszeit, wo es aus Gründen der Not und wegen der schlechten Versorgungslage zu Plünderungen durch die Arbeiterschaft ge-

kommen war, organisierten sich zum Schutz des Eigentums schon bald christlichsoziale Wehrverbände, die sogenannten Heimwehren. Im Laufe der Zeit wurden diese zunehmend zu einer bewaffneten, parteipolitisch motivierten Kraft ausgebaut. Sie füllte damit ein Vakuum, das durch die Verkleinerung des österreichischen Bundesheeres infolge des Friedensvertrages von St. Germain hinterlassen worden war. Tatsächlich gab es fortan punktuelle Kooperationen zwischen der Staatspolizei und anderen exekutiven Behörden sowie den Heimwehren. Grundsätzlich präsentierten sich die sehr heterogenen Heimwehren als antisozialistischer Block, der mögliche Arbeiterrevolutionen unterbinden sollte. Über dieses Misstrauen gegenüber der Arbeiterschaft hinaus vertraten die Heimwehren antidemokratische, antisemitische und antiliberalen Ideen und waren daher auch von der christlichsozialen Partei nicht immer leicht zu kontrollieren. Zeitweise erinnerte die Zusammenarbeit zwischen Christlichsozialen und Heimwehren an eine Koalition bzw. ein Zweckbündnis. 1930 schworen Heimwehrverbände auf den Korneuburger Eid, der eine Kampfansage an die parlamentarische Demokratie sowie Absichtserklärungen zu Putsch und Staatsumsturz zum Inhalt hatte.

Als Reaktion auf die Heimwehren etablierte sich der Republikanische Schutzbund als Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie. In den Städten Gmunden, Ebensee und Bad Ischl wurde der Schutzbund 1923 gegründet und war von Anfang an Teil der Arbeiterkultur in Form von Festzügen und politischen Demonstrationen. Offizielles Ziel des Schutzbundes war, eine faschistische Machtergreifung durch die Heimwehren zu verhindern bzw. die Republik vor ihren (inneren) Feinden zu verteidigen.





Freilich verstand er sich in erster Linie als Gegengewicht zu den Heimwehren und als „Wehrmacht des Proletariats“, wie es der sozialdemokratische Politiker Julius Deutsch formulierte (Felber et al., 2000). 1926 hatte sich der Schutzbund durch das Linzer Programm klar gegen die Heimwehr ideologisch und programmatisch aufgestellt. Dieses Linzer Programm der Sozialdemokratie und des Schutzbundes, das heute noch unter Historikern hinsichtlich seiner offensiven Ausrichtung umstritten

ist, bildete jedenfalls die Grundlage für die politische Auseinandersetzung mit den Heimwehren und wurde als antifaschistisch-klerikales, aber auch klassenkämpferisches Programm verstanden. Von den Heimwehren und konservativ-klerikalen Kreisen wurde dem Linzer Programm eine marxistisch revolutionäre Kampfansage unterstellt. Bald schon gingen die politischen Gegensätze in offene Gewalt zwischen den Lagern über (Betz, 2017; Pelinka 2017).

## Eskalation der Gewalt zwischen den politischen Lagern

Gegenseitige Provokationen zwischen Heimwehren und Schutzbund führten im burgenländischen Schattendorf zum Tod eines Invaliden und eines Kindes am 30. Jänner 1927. Die dafür verantwortlichen Täter, Männer der Heimwehren, wurden von einem Geschworenengericht jedoch freigesprochen. Es kam in Folge einer Arbeiterdemonstration gegen diesen Urteilspruch zum Brand des Wiener Justizpalastes und der gewaltsamen Niederschlagung dieser Demonstration mit zahlreichen Toten.

Auch im Salzkammergut wurde auf den Brand des Justizpalastes reagiert. Am 16. Juli 1927 folgte ein Generalstreik aller Arbeiter im Salzkammergut, der Schutzbund marschierte demonstrativ auf. Die Heimwehren unterstellten diesem Putschpläne und organisierten ihrerseits die Gründung von Heimwehrverbänden auch in jenen Gemeinden, wo es diese bis dahin nicht gegeben hatte – darunter auch im sozialdemokratisch geprägten Ebensee. Die immer häufiger werdenden Agitationen veranlassten die Sozialdemokraten 1929, Protestveranstaltungen im Salzkammergut abzuhalten, um gegen die offensive Politik der Heimwehren zu demonstrieren. Es folgte noch im Dezember 1929 eine erste gewaltsame Eskalation zwischen Heimwehrverbänden und der Arbeiterschaft in Ebensee. Dramatischer erwiesen sich allerdings die politischen Gewalttätigkeiten der NSDAP, die inzwischen in Österreich als politische (und terroristische) Organisation etabliert worden war. Die NSDAP Öster-

reichs, die als extremistische Bewegung des dritten Lagers (große) Teile desselben aufzufangen begann, war bereits seit 1924 im Salzkammergut – etwa im Gemeinderat von Ebensee und Gmunden – politisch vertreten gewesen. Aufgrund der gemeinsamen antisemitischen Ausrichtung ergaben sich Berührungspunkte mit den Heimwehren, z.B. bei Sonnwendfeiern oder Veranstaltungen mit Turnvereinen. Manche Heimwehrverbände waren sogar von Mitgliedern der NSDAP teils unterwandert worden. Unter anderem durch den Einfluss der NSDAP wurden zunächst in Sport- und Turnvereinen jüdische Bürger durch die Einführung sogenannter Arierparagrafen bereits in den 1920er Jahren am Vereinsbeitritt gehindert oder aus dem Verein ausgeschlossen. In den 1930er Jahren verlangten zunehmend auch Betriebe einen Ariernachweis, wenn es um Anstellungsverhältnisse ging. Zudem organisierten deutschnationale bzw. nationalsozialistische Kreise Veranstaltungen in der Öffentlichkeit, wo eine Entfernung der Juden aus dem öffentlichen Leben gefordert wurde. Dies richtete sich ebenfalls gegen jüdische Sommergäste. Die Christlichsozialen wiederum teilten entweder diese antisemitischen Positionen oder distanzieren sich nur dort davon, wo man auf einen stabilen Fremdenverkehr angewiesen war (etwa Bad Ischl oder Gmunden). Insgesamt blieb dieser propagandistische Terror geduldet, wenn er nicht sogar unterstützt wurde. Erst als ein gewaltsamer Terror der NSDAP im Zuge der Etablierung des sogenannten

Austrofaschismus aufkam und Vertreter der Christlichsozialen zum Ziel hatte, wurde die NSDAP zu einer illegalen Organisation erklärt und bekämpft. Bis dahin hatten sich die Behörden, wenn es um Observierung und Kontrolle politischer Organisationen ging, auf den Republikanischen Schutzbund oder die damals wenig bedeutsame, in ihrem Gefahrenpotenzial aber über-

schätzte KPÖ fokussiert. Die NSDAP war hingegen kaum ernst genommen worden, ihre Positionen wurden geduldet oder geteilt. Tatsächlich gehörte der Antisemitismus schon vor dem Anschluss 1938 in Österreich und im Salzkammergut zu einem weit verbreiteten Phänomen, das innerhalb der Bevölkerung großen Zuspruch fand (Botz, 1983; Felber et al., 2000).

## „Ständestaat“ und Auslöschung Österreichs

Bundeskanzler Dollfuß nahm eine Geschäftsordnungskrise des österreichischen Parlaments zum Anlass, dasselbe im März 1933 aufzulösen und schrittweise ein autoritäres, nichtparlamentarisches System zu implementieren. Während sich die Sozialdemokratie zu keinem geordneten Widerstand durchringen konnte, waren Teile des Schutzbundes nicht bereit, der Aufforderung, die Waffen abzugeben, Folge zu leisten. Im Februar 1934 brach daher ein kurzer Bürgerkrieg in Österreich aus, in dessen Verlauf das Bundesheer, die Polizei und die Heimwehren den sozialdemokratischen Schutzbund entwaffnen bzw. niederkämpfen konnten. Der Schutzbundaufstand im Salzkammergut fand hauptsächlich im Salinenort Ebensee statt. Dort traten die Arbeiter zunächst in den Generalstreik, nachdem bekannt geworden war, dass die Bundesregierung den Schutzbund aufzulösen begann. Schließlich ging der Schutzbund dazu über, Schlüsselstellen der Gemeinde zu besetzen. Da aber der Aufstand isoliert blieb, brach er zusammen, sobald

österreichisches Militär in Ebensee einmarschiert war. Von Heimwehrmitgliedern war die Erschießung der verhafteten Schutzbündler verlangt worden, dem widersetzte sich allerdings der leitende Offizier Oberstleutnant Kattauer (Quatember, 1989) (Abb. 6, 7).

Neben dem Verbot des Schutzbundes und der Sozialdemokratie erfolgte auch die Auflösung aller Arbeitervereine sowie die Beschlagnahmung deren Eigentums, darunter Literatur sozialdemokratischer Büchereien und Bildungseinrichtungen, die ob ihres Inhaltes in Ebensee sogar in den See geworfen wurden, um sie zu vernichten. Im Gegensatz zur anscheinend effizienteren nationalsozialistischen Bücherverbrennung durften die Werke aber nicht unter Wasser geblieben sein. Sie mussten daher von der Gendarmerie geborgen und neuerlich versenkt werden.

Dollfuß hatte die Errichtung einer am italienischen Faschismus orientierten Diktatur – dem Austrofaschismus – unter anderem damit gerechtfertigt, seine äußeren und

Abb. 6: Bundesheersoldaten an der Traunbrücke, Februarrevolte 1934.

Foto: Sammlung Walter Deixler

Abb. 7: Festgenommene Schutzbundangehörige an der Wand des Hauptschulturnsaales, 16. Feb. 1934.

Foto: Sammlung Walter Deixler



inneren Feinde hierdurch ausschalten zu wollen. Neben der Sozialdemokratie war dies vor allem der Nationalsozialismus, welcher in Österreich mittlerweile zu einer politischen Größe geworden war und offen von NS-Deutschland als Wegbereiter eines Anschlusses unterstützt wurde. Die NSDAP Österreichs versuchte 1934 durch einen gewaltsamen Umsturz die Macht im Staate zu ergreifen bzw. den Anschluss Österreichs an Deutschland durchzusetzen. Dieser wurde später als Juliputsch bekannt. Bundeskanzler Dollfuß wurde in Folge des Umsturzversuches ermordet, eine breite NS-Aufstandsbewegung konnte erst nach langwierigen Kämpfen vom österreichischen Bundesheer niedergeworfen werden, wodurch das Vorhaben der NSDAP gescheitert war (Abb. 8).

Dem Juliputsch war eine Terrorwelle durch die österreichische NSDAP vorausgegangen, so auch im Salzkammergut. Dort zeigte sich, dass vor allem in den protestantischen Gemeinden der Widerstand der NS-Putschisten am stärksten war. Unter anderem neigte die protestantische Bevölkerung aus Opposition zu den Christlichsozialen, sich entweder der Sozialdemokratie oder den Nationalsozialisten bzw. Großdeutschen zuzuwenden. In Gosau und Hallstatt – protestantisch geprägten Gemeinden – fanden daher militärische Auseinandersetzungen gegen nationalsozialistische Aufständische während des Juliputsches statt. Obwohl auch Ebensee allein wegen seiner Größe eine breite NS-Wählerschicht aufwies, blieb es hier wegen mangelnder Organisationsdichte der Partei ruhig. In Bad Ischl, wo die NS-Wähler wiederum gut vernetzt waren, kam es ebenfalls zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Trotz Niederschlagung der Aufstände und Hinrichtungen von NS-Putschisten und dem endgültigen Abdrängen der NSDAP in den Untergrund blieb der Zulauf zur NSDAP intakt, wodurch diese bald wieder an Stärke gewinnen konnte.

Dies lag einerseits an den dynamischen außenpolitischen und wirtschaftlichen Erfolgen NS-Deutschlands, die Österreich in diesem Ausmaß nicht bieten konnte, und andererseits an der Anziehungskraft der Partei als oppositionelle Gruppierung gegenüber dem Regime des sogenannten



Ständestaates. Nach Zerschlagung der Sozialdemokratie gewannen auch die Kommunisten als Opposition Zulauf und Zuspruch, blieben aber in ihrer Bedeutung hinter den Nationalsozialisten zurück.

Der Ständestaat wiederum, eine faschistisch orientierte Diktatur, verschleiert durch die angebliche Herrschaft beruflicher Stände, ist in der Forschung nach wie vor umstritten, wenn es um die Definition seines Herrschaftssystems geht. Unabhängig von seiner klar diktatorischen und autoritären Ausrichtung dürfte dem Ständestaat die Massenbasis innerhalb seiner Anhänger, was als Voraussetzung für ein faschistisches System gilt, gefehlt haben. So zeigte sich in Österreich wie auch im Salzkammergut, dass die sogenannte Vaterländische Front (VF), jene Organisation, die das Dollfuß- und spätere Schuschnigg-Regime repräsentierte, kaum loyale Mitglieder mobilisieren konnte. Für öffentliche Veranstaltungen oder Kundgebungen der VF waren oftmals nur wenige Teilnehmer zu gewinnen. Die Einrichtung der VF als einzige waffentragende Organisation und die Auflösung sämtlicher anderer Wehrverbände sowie die damit zusammenhängende, 1936 eingeführte Dienstpflicht aller männlichen Staatsbürger trugen schließlich verstärkt zur Krise des Ständestaates bei, anstatt ihn zu stabilisieren. Viele der staatlichen Beamten bekannten sich indessen zu oppositionellen Gruppierungen, allen voran zu den Nationalsozialisten. Geahndet wurde dies jedoch kaum. Selbst als zum Beispiel Gendarmen in Bad Ischl offen ihre

Abb. 8: Nach der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß wurde das Ständerecht verhängt – hier als Kundmachung am 27. August 1934 plakatiert. Trotz restriktiver Maßnahmen konnte das Regime des Ständestaates den Aufstieg der (österreichischen) Nationalsozialisten nicht aufhalten. Foto: Bildarchiv ÖNB





Abb. 9: Aufmarsch einer SA-Truppe in der Alten Traunstraße, Ebensee.

Foto: Erich Zakarias

Sympathien für das NS-Regime im Rahmen eines Skiwettbewerbes bekundet hatten, folgten keine behördlichen Reaktionen nach Erstattung einer Anzeige. Dem Regime fehlte offenbar die Durchsetzungsfähigkeit.

Gründe für den geringen Erfolg des Ständestaates lagen darin, dass Österreich wirtschaftspolitisch nicht an Boden gewinnen konnte, während die italienfreundliche Außenpolitik der Bevölkerung missfiel. Verschärft wurden diese Entwicklungen durch antiösterreichische Maßnahmen Deutschlands. Infolge der von Hitler verhängten 1000-Mark-Sperre brach der Fremdenverkehr Österreichs fast vollständig zusammen, worunter besonders Orte wie Bad Ischl oder Gmunden zu leiden hatten. Es folgte der Versuch des Ständestaates, seine Basis zu verbreitern und stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen. Veranstaltungen von Vorfeldorganisationen wie der „sozialen Arbeitsgemeinschaft“, welche erstmals 1936 in Ebensee tagte, um die Arbeiterschaft zu mobilisieren, scheiterten jedoch am mangelnden Interesse (Felber et al., 2000). Die Ortsgruppen der VF organisierten im Salzkammergut ab 1937 verstärkt Wunschversammlungen, um die Stimme der Opposition einzurahmen und einen Diskurs über die innenpolitische Situation zu führen. Auch Maßnahmen dieser Art trafen jedoch auf wenig Resonanz. Infolge des Juliabkommens 1936 konnte die NSDAP wieder offen in Österreich auftreten, während das Ständestaat-Regime in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Deutsch-

land geraten war. Nach heutigen Maßstäben würde man die Maßnahmen der österreichischen NSDAP zur Machtergreifung in Österreich von da an als „Soft-Power“ bezeichnen. Hatte bisher die NSDAP im Verborgenen operiert und bis zum Juliputsch durch terroristische Aktionen die Macht zu ergreifen versucht, erfolgte nun der (erneute) legale Aufbau der NS-Organisationen und Parteistrukturen in den Gemeinden Österreichs. Damit war auch die Gründung von Vorfeldorganisationen wie der Hitlerjugend oder Turnvereinen verbunden. Kinofilme aus Deutschland, die ein positives Deutschlandbild vermittelten und zu dem bald größten Angebot heimischer Kinos zählten, lieferten die nötige Kulturpropaganda, während die Agitation gegen jüdische Sommergäste im Salzkammergut die Spaltung der österreichischen Gesellschaft zum Ziel hatte. Damit war der terroristische Untergrundkampf einer bislang verbotenen Organisation in die Öffentlichkeit verlagert und transformiert worden. Aus der österreichischen NSDAP war eine Kraft geworden, die unbehelligt propagandistisch operieren konnte.

Als 1938 die außenpolitische Position des Ständestaates nahezu unhaltbar geworden war und Hitlerdeutschland gegenüber der Regierung Schuschnigg zusehends als Hegemonialmacht operierte, trat diese ihre Flucht nach vorne an und verkündete eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs. Doch auch hier zeigte sich das Mobilisierungsversagen der VF. Diese konnte zum Beispiel in Gmunden bei einer Veranstaltung für die Volksabstimmung kaum 500 Personen aufbieten, während die Nationalsozialisten einen Fackelzug von Tausenden zu organisieren vermochten. Indes kam Hitler den Plänen des Ständestaates zuvor und stellte die internationale Gemeinschaft mit dem Einmarsch in Österreich im März 1938 und dessen Anschluss ans Deutsche Reich vor vollendete Tatsachen. Noch am 11. März, also einen Tag vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich, hatten bereits Einheiten der SA die Kontrolle in Gmunden übernommen. Es kam zu Verhaftungen und ab dem 13. März zu öffentlichen Demütigungen der Juden des Ortes. Ähnliches geschah in Ebensee, wo der jüdische Apotheker vor-



geführt und misshandelt wurde. Binnen weniger Tage übernahmen im Salzkammergut NS-Eliten die Schlüsselpositionen der Gemeinden, Bürgermeisterämter, Polizei- und Gendarmerieposten. Jüdische Bür-

ger wurden registriert oder verhaftet; der innere Anschluss war vollzogen, noch ehe eine deutsche Besatzungsverwaltung in Österreich aufgebaut worden war (Botz, 1983; Botz, 2017; Pelinka 2017) (Abb. 9).

## NS-Herrschaft, Widerstand und Befreiung

Administrativ wurde das Salzkammergut während der NS-Zeit zusammengeführt, indem das steirische Ausseerland dem Gau Oberdonau (zuvor Oberösterreich) zugeschlagen wurde. Darüber hinaus gab es zahlreiche Eingemeindungen, was unter anderem zur Vergrößerung Gmundens führte, das zur Kreisstadt erhoben wurde. Eine Bevorzugung Gmundens gegenüber Ebensee lässt sich bei der NS-Wirtschaftspolitik feststellen. Industriebetriebe wurden in Gmunden verstärkt gegründet, während die Industrie am Südufer des Traunsees sogar gefährdet schien. Die Saline blieb in Ebensee nur wegen der kriegswichtigen Solvay-Werke bestehen, andernfalls wäre wohl ihre Schließung wie die des Sudhauses in Hallstatt/Lahn erfolgt (Abb. 10, 11). Auffällig war auch jene Rollenverteilung, die für Gmunden und Altmünster während des Krieges Lazarettstandorte vorsah, wäh-

rend in Ebensee und Traunkirchen Konzentrations- bzw. Arbeitslager eingerichtet wurden. In Ebensee kam es 1943 zur Errichtung eines Mauthausen-Außenlagers, wo 27.000 Häftlinge unter grausamen und unmenschlichen Bedingungen zwei Stollensysteme für ein Raketenzentrum anlegen mussten. Tod durch Arbeit war ein Teil jener systematischen NS-Vernichtungspolitik, die eine Endlösung der Judenfrage, also die vollständige Ermordung und Vernichtung der Juden Europas, zum Ziel hatte. Diskriminiert und verfolgt wurden jüdische Mitbürger bereits mit dem Anschluss 1938, es folgte die ausnahmslose Verfolgung und Ermordung spätestens ab 1942. Damit wurde nicht nur das jüdische Leben des Salzkammerguts ausgelöscht, sondern auch die Tradition der Sommerfrische jüdischer Gäste beendet (Hufnagl, 1991).



Abb. 10: Ebensee mit Blick auf Kirche, Ortszentrum und Saline, vor 1941.

Foto: Bildarchiv ÖNB

Abb. 11: Festumzug  
anlässlich des 90-jähri-  
gen Gründungsfestes  
der Salinenkapelle  
Ebensee am 17.7.1939.

Foto: Sammlung  
Franziska Mattes



Im Krieg gewann das Salzkammergut wegen seiner isolierten, aber strategisch wichtigen Lage immer größere Bedeutung als Waffenproduktionsstätte und Teil der sogenannten Alpenfestung. Ein strategischer Raum, wo laut Propaganda der nationalsozialistische Endkampf stattfinden sollte. Tatsächlich floh mit Kriegsende ein großer Teil der NS-Prominenz ins Salzkammergut, darunter Adolf Eichmann oder Ernst Kaltenbrunner. Berüchtigt, wenn nicht sogar mythenhaft, waren auch Versuche der NS-Elite, ihr Raubgut – darunter Kunstschätze – im Salzkammergut zu verstecken. Etwa im Salzberg in Altaussee, aber angeblich auch im Toplitzsee (Dirninger et al., 2015).

Zwischen Mythos und Realität verortet sich auch der Widerstand gegen das NS-Regime im Salzkammergut. Ein traditioneller Widerstandstypus im Salzkammergut, ein gar antinationalsozialistischer Widerstandskampf der heimischen Bevölkerung, wie er gerne erzählt wird, ist für das Salzkammergut nicht belegbar. Der Widerstand im Salzkammergut zeichnete sich, ähnlich wie in anderen Räumen und Regionen Österreichs, durch Befehlsverweigerung, Desertion, das Verstecken Verfolgter und schließlich militärischen Widerstand aus. Diese wurden freilich durch die Beschaffen-

heit der Region begünstigt, sind aber nicht durch einen speziellen Widerstandstypus der Bevölkerung vorherbestimmt). Vor allem mit Kriegsende gewann der Widerstand im Salzkammergut an Kraft und Bedeutung, indem Widerstandsgruppen autonom NS-Funktionäre verhafteten und teilweise ermordeten, ehe noch die Alliierten eingetroffen waren. In Bad Ischl übernahm sogar eine Widerstandsgruppe als Befreiungskomitee die Kontrolle über die Stadt, bevor US-Truppen die Stadt erreicht hatten.

Getragen wurde der Widerstand überwiegend von Funktionären oder Sympathisanten der KPÖ, welche bereits während des Ständestaates in den Untergrund gegangen waren. Dank der Organisationsstrukturen der KPÖ-Widerstandsgruppen konnten diese kurz nach Ende des Krieges auf Gemeindeebene sogar leitende Positionen übernehmen. Bald schon gerieten sie aber in Konflikt mit den (neu-)etablierten Parteien SPÖ und ÖVP. Spätestens als es diesen beiden Parteien darum ging, ehemalige Nationalsozialisten wieder gesellschaftlich bzw. politisch zu integrieren, wurde die Rolle der Widerstandskämpfer marginalisiert, teilweise sogar als Verrat gegen das Vaterland umgedeutet. Während also die Widerstandskämpfer kaum Entschädigung





oder Anerkennung für ihre Leistungen erhielten, wurden ehemalige Nationalsozialisten nach anfänglicher gerichtlicher Ver-

folgung bzw. gesellschaftlicher Ausgrenzung bald schon wieder rehabilitiert bzw. amnestiert (Betz, 1996; Neugebauer, 2008).

## Annäherung zwischen ÖVP und SPÖ in der Nachkriegszeit

Unmittelbar nach Kriegsende stand das Salzkammergut vor der Herausforderung, für Hunderttausende Displaced Persons (DPs), also landfremde Personen, die Versorgung sicherzustellen. Dazu gehörten auch Deutsche aus dem Reich, die vor der heranrückenden Roten Armee geflohen waren, der größte Teil der DPs waren allerdings Zwangsarbeiter oder KZ-Überlebende. Neben der enormen Herausforderung, diese Menschen zu versorgen bzw. unterzubringen, mussten im Salzkammergut demokratische Strukturen wiedererrichtet und die NS-Täter verfolgt werden. Dies gelang zuletzt durch die politische Kooperation zwischen den staatstragenden Parteien der Zweiten Republik, ÖVP und SPÖ. Durch die (politischen) Erfahrungen in der Ersten Republik wurde auch die politische Kultur des Salzkammergutes geprägt. Die nunmehrige ÖVP, Nachfolgepartei der CSP, suchte fortan die Kooperation mit der SPÖ, statt alte Konflikte der Zwischenkriegszeit fortzuführen. Ermöglicht wurde der Konsens beider Parteien durch die gemeinsamen Erfahrungen der Verfolgung durch das NS-Regime, darunter auch Lagerhaft (etwa im KZ Dachau), durch geschichtliche und politische Lehren aus der Zeit der Gegensätze während der Ersten Republik, aber auch durch konsensverstärkende Übereinkünfte (Abb. 12). Dazu gehörten als politische Klammer der gemeinsame Opfermythos, also der Konsens Österreich als erstes Opfer der NS-Diktatur aufzufassen. Aber auch konkrete politische Maßnahmen, wie die Lohn- und Preisabkommen, was zur Befriedung der Arbeiterschaft führte. Zuletzt trug auch die gesellschaftspolitische Trennung der Kirche von der ÖVP dazu bei. Während in der Ersten Republik noch ein politischer Katholizismus innerhalb der CSP gefördert worden war, setzte sich in der Nachkriegszeit eine (schrittweise) überwiegend erfolgreiche Trennung zwischen beiden Institutionen durch. Tendenziell gab es

zwischen beiden nach wie vor Kooperationen, sie erreichten allerdings nicht mehr jene Größe, die den Kulturkampf der Ersten Republik herausgefordert hatte (Rathkolb, 2005; Neugebauer, 2008).

Entschärft wurden die Konflikte zwischen den politischen Lagern ÖVP und SPÖ auch durch eine neue Generation von Politikern innerhalb der ÖVP. Funktionäre des Ständestaates hatten im Österreich der Nachkriegszeit nur noch in Ausnahmefällen eine bedeutende Rolle innerhalb der ÖVP. Davon ausgenommen waren zum Beispiel

Abb. 12: Einladung zum „Bunten Abend“ unter dem Ehrenschutz des Ebenseer Bürgermeisters Neuhauser am 12. Mai 1953 im Salinensaal. Veranstalter: Bezirksverband der politisch Verfolgten und KZler des Salzkammergutes. Anschließend wird zum Tanz eingeladen, „für alle etwas – da modern und bäuerlich“.

Foto: Bildarchiv ÖNB

**Bezirksverband der politisch Verfolgten und KZler des Salzkammergutes**

**EINLADUNG zum**

**Bunten Abend**

unter dem Ehrenschutz des Herrn Bürgermeisters Neuhauser

**am 5. Dezember 1953 um 8 Uhr abends im Salinensaal in Ebensee**

**Es wirken mit:**

1. Eine Ebenseer Theatergruppe (Hyronimus der Perloffslehd*)	5. ASKÖ-Turnerinnen aus Bad Aussee
2. Musikkapelle aus Untersee	6. Singende Säge aus Bad Aussee
3. Komiker aus Bad Ischi	7. Gesangsquartett Ebensee
4. Jodler-Zithergruppe aus Gmunden	8. Gamsjäger-Sängergruppe aus Goisern u. s. w.

**Große TOMBOLA**

Anschließend **TANZ** (für alle etwas – da modern und bäuerlich)

**Wir bitten um Ihren Besuch am Krampustag!**

**Das Bezirkskomitee**  
(Albrecht Gaiswinkler, Bad Aussee)

Druck: Pöschel, Bad Aussee

Heinrich Gleißner, der schon vor 1938 Landeshauptmann Oberösterreichs gewesen war und dieses Amt nach dem Krieg nahtlos fortsetzte, sowie zahlreiche lokale Funktionäre der Vaterländischen Front. Neben vielen anderen lokalen Größen des Salzkammergutes, die ihre Karriere bereits

während des Austrofaschismus begonnen hatten, sei hier Josef Mittendorfer – Bürgermeister von Ebensee (1934-1938) und Mitglied der Vaterländischen Front – erwähnt, der auch nach dem Krieg als Vizebürgermeister seine Karriere fortführen durfte (Felber et al., 2000).

## Entnazifizierung und politische Kontinuitäten

Unmittelbar nach Kriegsende wurde in Österreich eine rigorose Entnazifizierung durchgeführt. Von den 600.000 NS-Parteimitgliedern Österreichs entfielen auf Oberösterreich fast 60.000 NS-Mitglieder; rund 17.600 waren bereits Mitglieder vor dem Anschluss Österreichs gewesen (sogenannte Illegale). Diese mussten sich schließlich vor den Behörden verantworten und wurden teilweise sanktioniert, so etwa durch den Entzug des Wahlrechts oder die Entlassung aus dem Bundes- bzw. Gemeindedienst. Bis April 1946 wurden alleine 12.600 Personen von den US-Behörden verhaftet, zu Strafmaßnahmen verurteilt oder vor Gericht gestellt. Innerhalb der österreichischen Institutionen übernahmen die Volksgerichte die Prozesse gegen die NS-Täter.

Allerdings gab es von Anfang an auch die Möglichkeit, sich der Verfolgung zu entziehen. Jene, die zwar als NS-Mitglieder registriert gewesen waren, aber nachweislich ihre Mitgliedschaft niemals missbraucht und in ihrem Verhalten bzw. ihrer Einstellung zur Befreiung Österreichs einen Beitrag bzw. eine positive Haltung eingenommen hatten, konnten hierdurch ein Ausnahmegesuch erwirken, um vielleicht sogar rehabilitiert zu werden. Diese unklare Regelung führte letztlich dazu, dass teilweise auch fanatische NS-Mitglieder davon Gebrauch machten (Neugebauer, 2008).

1949 erfolgte schließlich die erste offizielle Annäherung der politischen Regierungsparteien ÖVP und SPÖ an minderbelastete NS-Mitglieder. Erstmals sollten diese an freien Wahlen wieder teilnehmen dürfen, was sie zu einer politisch umworbene Gruppe werden ließ. Darüber hinaus gab es enorme Engpässe in der Verwaltung und

Grundversorgung, so bei der Justiz, Exekutive, den Lehrern, Ärzten usw., welche durch ehemalige Nationalsozialisten teilweise ausgeglichen werden sollten. Zunehmend wurde nun die Ahndung von NS-Verbrechen bzw. deren Verfolgung durch die Justiz entschärft, besonders was die Härte der Urteile betraf. Ein zum Beispiel in Gmunden 1950 verhandelter Prozess gegen SS-Männer stieß bei der Lokalpresse und in Teilen der Öffentlichkeit auf offene Ablehnung. Teile der lokalen Prominenz versuchten sogar im Sinne der Angeklagten zu intervenieren – das Urteil, Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren, wurde weitgehend infrage gestellt bzw. abgelehnt. Schleppend verlief hingegen die Entschädigung ehemaliger Opfer, etwa bei der Rückgabe arisierten Vermögens. Dabei hatten die ehemaligen jüdischen Besitzer ihre Ansprüche selbst einzuklagen. Oftmals endeten die Verfahren im Vergleich mit den neuen Besitzern, meist ehemaligen NS-Mitgliedern. Hierdurch wechselten zahlreiche Villen des Salzkammergutes, ursprünglich „(Sommer-)Wohnsitz“ jüdischer Bürger, dauerhaft ihre Besitzer. Kurios mutet auf der anderen Seite der Versuch von 172 ehemaligen (teilweise hochrangigen) Ebenseer Nationalsozialisten an, beim Arbeitsgericht Bad Ischl eine Entschädigung für unbezahlte Arbeitsdienste für die Gemeinde Ebensee einzuklagen. Diese Arbeitsdienste waren eine Strafmaßnahme gewesen, um NS-Mitglieder symbolisch für die NS-Verbrechen sühnen zu lassen.

Unter anderem bestanden sie darin, im ehemaligen KZ Ebensee die Leichen der Ermordeten zu beerdigen. Das Verfahren zog sich über mehrere Instanzen, bis es 1954 endgültig abgewiesen wurde (Felber et al., 2000).



Mit der schließlich 1957 erfolgten vollständigen Rehabilitierung der ehemaligen Nationalsozialisten (NS-Amnestie) versuchte die Zweite Republik, einen Schlussstrich unter ihre NS-Vergangenheit zu ziehen, der nicht gelingen sollte. Das politische Lager ehemaliger Nationalsozialisten war indes schon 1949 vom Wahlverband der Unabhängigen (VdU bzw. auch WdU) aufgefangen worden, der schließlich aufgelöst und als Freiheitliche Partei Österreichs (1956) fortgeführt wurde. Damit hatte auch das sogenannte dritte (politische) Lager Österreichs seine Kontinuität gefunden (Rathkolb, 2005).

Die drei politischen Strömungen, die schon seit der Monarchie das Salzkammergut geprägt hatten, sollten also auch in der Nachkriegszeit seine Politiklandschaft bis in unsere Zeit mitgestalten. Inzwischen sind politische Strömungen und Denkmuster nicht mehr so einfach einem jeweiligen Lager oder einer Gruppierung zuzuordnen, wie das noch für die erste Hälfte des

20. Jhdts. gegolten haben mochte. Weder ÖVP, SPÖ noch FPÖ, die heute Österreichs politische Landschaft und die des Salzkammergutes dominieren, repräsentieren klar abgegrenzte Gruppen der Gesellschaft. Nach wie vor prägen allerdings (unbewusste) politische Denkmuster und Einstellungen sowie Anschauungen das Handeln der Menschen. Dieses Denken und Handeln wird unter anderem durch unsere soziale Umwelt beeinflusst, bestehend aus jenen Menschen, die unser Leben teilen, und erweitert durch jene, die uns durch Medien und die Öffentlichkeit erreichen. Zuletzt werden wir sogar durch Menschen bestimmt, die einmal vor uns gelebt haben. Ihr Handeln wird unter anderem in Form unterschiedlicher Erzählungen überliefert. Manche dieser Erzählungen prägen unser Bild von Geschichte und Vergangenheit. Manche vermitteln sogar eine Erklärung für unsere Zeit. Die „eine“ Meistererzählung, die eine einfache und umfassende Erklärung bietet, gibt es allerdings nicht.

## Literatur

- Botz, G. (2017): „Christlicher Ständestaat“: Austrofaschismus oder autoritäre Diktatur? – *Historicum*, N. F. III-IV: 12-25.
- Botz, G. (1983): *Gewalt in der Politik. Attentate, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1938.* – München (Wilhelm Fink).
- Botz, G. (1996): Regionale Gesellschaft und lange Tradition des Widerstandes im Salzkammergut. – In: Topf, C. (Hrsg.): *Auf den Spuren der Partisanen. Zeitgeschichtliche Wanderungen im Salzkammergut: 12-39*, Grünbach (Edition Geschichte der Heimat).
- Dirninger, C., Hellmuth, T. & Thuswaldner, A. (2015): *Salzkammergut schauen. Ein Blick ins Ungewisse.* – Wien, Köln, Weimar (Böhlau).
- Felber, U., Rolinek, S. & Quatember, W. (2000): *Das Salzkammergut. Seine politische Kultur in der Ersten und Zweiten Republik.* – Grünbach (Steinmaßl).
- Jordan, P. (2016): *Atlas des Habsburgerreiches.* – Schleinbach (Winkler-Hermaden).
- Hufnagl, F. (1991): Die Konzentrationslager im allgemeinen und das KZ Ebensee im besonderen. – In: Hufnagl, F. & Marchetti, H. (Hrsg.): *Der Bezirk Gmunden und seine Gemeinden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart: 293-304*, Linz (Verein zur Herausgabe eines Bezirksbuches über den Bezirk Gmunden).
- Neugebauer, W. (2008): *Der österreichische Widerstand 1938 bis 1945.* – Wien (Steinbauer).
- Pelinka, P. (2017): *Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938.* – Wien, Köln, Weimar (Böhlau).
- Quatember, W. (1989): *Generalstreik im Dorf. Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes im Februar 1934 in Ebensee.* – In: Greussing, K. (Hrsg.): *Die Roten am Land: 145-147*, Steyr (Museum Industrielle Arbeitswelt).
- Rathkolb, O. (2005): *Die paradoxe Republik. Österreich 1945-2005.* – Wien (Haymon).
- Unterreiner, K. (2006): *Kaiser Franz Joseph 1830-1916. Mythos und Wahrheit.* – Wien (Brandstätter).
- White, H. (2008): *Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Figuren.* – Frankfurt a. Main (Fischer).





# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Denisia](#)

Jahr/Year: 2018

Band/Volume: [0040](#)

Autor(en)/Author(s): Bauer Albrecht

Artikel/Article: [Politische Geschichte\(n\) des Salzkammergutes Von der Entstehung politischer Parteien bis zur Nachkriegszeit 33-50](#)